Donnerstag, 11. November 1937

„Teltower Kreisblatt" erscheint werktäglich. Bezugspreis monatlich RM. 1,85 einschl. 25 Rpf. Botenlohn; durch die Post monatlich RM. 1,00 (einschl. 21 Rpf. Postzeitungsgebühr) zuzüglich 36 Rpf. Bestellgeld. — Bestellungen bei den Postanstalten, Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise.

Gott mit uns!

82. Jahrgang, Ausgabe 264

Anzeigen lt. Preisliste 19. Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Lützowstraße 87. — Fernruf: 22 06 71, Zahlungen: Postscheckkonto Berlin Nr. 249 10. — Bankkonto: Girokonto Nr. 2887 bei der Sparkasse des Kreises Teltow -G-, Berlin W 35. — Gerichts- und Erfüllungsort: Berlin-Schöneberg.

Teltower Kreisblatt

Tageszeitung für den Kreis Teltow * Amtliche Zeitung des preußischen Landkreises Teltow

Straffe Staatsführung in Brasilien

Die brasilianischen Parlamente aufgelöst - Brasilien erhielt eine neue Verfassung

Rio de Janeiro, 10. November.

Der Chef der Polizei setzte die Presse davon in Kenntnis, daß nach der Erklärung des Justizministers die neue Verfassung verkündet worden ist. Sie soll in Kürze veröffentlicht werden. Der Bundessenat, die Bundeskammer und ebenso die Parlamente der Länder und Gemeinden sind aufgelöst worden.

Proklamation des brasilianischen Kriegsministers an die Wehrmacht

Der brasilianische Kriegsminister erklärte in einer Proklamation an die Wehrmacht, daß es die Aufgabe des Militärs im gegenwärtigen Augenblick sei, in dem die neue Verfassung das demokratische Regime besser und zeitgemäßer ausgestalten solle, für die reibungslose Durchführung dieser Verfassung sowie die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung zu sorgen. Die Wehrmacht müsse eine Schutzwehr gegen alle Parteigelüste bilden und die geringsten Versuche einer Störung der Ordnung im Keim ersticken.

Stärkung der Bundesgewalt

Im Zusammenhang mit der Verkündung der neuen Verfassung gab die Polizeileitung eine weitere Mitteilung heraus. Die Umwandlung, die bezwecke, der Nation den Frieden zu erhalten, habe sich vollkommen ruhig vollzogen. Die neue Verfassung werde einem Volksentscheid unterbreitet werden; sie sichere die Autorität des Bundes und versehe die Regierung mit Rechtsmitteln zur Wahrung der Ordnung. Es werde ein Parlament und ein Nationaler Wirtschaftsrat geschaffen werden; sämtliche Rechte und Verträge würden gesichert werden.

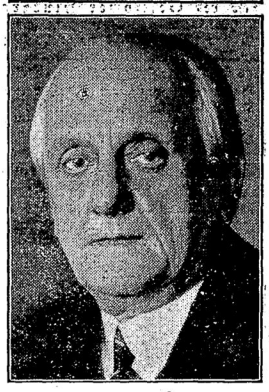
Vargas über die neue Verfassung

Bundespräsident Vargas sprach am Mittwoch abend im Rundfunk zur Nation. Er sagte u. a., die Parteiwirtschaft, die revolutionären Strömungen und der Klassenkampf hätten das Land an den Rand des Bürgerkrieges gebracht. Deshalb sei auch der Ausnahmezustand vor einiger Zeit verhängt worden. Jetzt aber sei die Schaffung eines starken Regimes notwendig geworden, das Frieden, Gerechtigkeit und Arbeit verbürge. Die neue Verfassung halte die demokratische Form zwar aufrecht, stütze sich aber auf die Bewegungen lebendiger außenparteilicher Kräfte, wie Volk, Heer und Marine.

Der Präsident zeigte weiter die Richtlinien für die Aufbauarbeit auf und kündigte eine neue Kaffeepolitik und vor allem die Einstellung des auswärtigen Schuldendienstes bis zur Besserung der Wirtschafts- und Währungslage an. Weiter sei der Ausbau des Eisenbahn- und Transportwesens, die Schaffung einer eigenen Schwerindustrie mit Unterstützung ausländischen Kapitals sowie eine bessere Ausrüstung der Wehrmacht zur Sicherung der Unabhängigkeit des Landes vorgesehen. Vargas schloß mit der Versicherung, daß Brasilien mit allen übrigen Mächten zur Erhaltung des Friedens beitragen werde.

Die neue brasilianische Verfassung

Der Staatsanzeiger veröffentlicht am Mittwoch abend die neue Verfassung. Danach leitet der Bundespräsident die Innen- und Außenpolitik und ist in letzter Instanz entscheidend für die Gesetzgebung und Verwaltung. Ihm steht das Recht der Auflösung des Parlaments und der Intervention in den Bundesstaaten zu. Seine Amtszeit beträgt sechs Jahre. Er wird durch ein Wahlkollegium, bestehend aus Beauftragten der Gemeinden, des nationalen Wirtschaftsrats und des Parlaments, gewählt.



Staatsbesuch aus Ungarn.

Der ungarische Ministerpräsident Daranyi (oben) und der Außenminister v. Kaonya (unten) haben die Abreise zu dem angekündigten mehrtägigen Besuch in Berlin nunmehr endgültig auf den 20. November festgesetzt.
(Scherl-Bilderdienst-M.)

Deutsch-tschechoslowakisches Verrechnungsabkommen unterzeichnet

Berlin, 10. November.

Heute wurde im Auswärtigen Amt von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Herrn von Mackensen, und dem Tschechoslowakischen Gesandten, Exzellenz Masny, sowie den beiden Delegationsführern ein deutsch-tschechoslowakisches Verrechnungsabkommen unterzeichnet, das an die Stelle des alten Verrechnungsabkommens vom Jahre 1934 tritt. Das neue Verrechnungsabkommen ist das Ergebnis der Tagung des Deutschen und des Tschechoslowakischen Regierungsausschusses für die Regelung der deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsbeziehungen, die in Hamburg stattgefunden hat. Der Verlauf dieser Tagung kann als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Es hat sich gezeigt, daß die bisherige Entwicklung des Waren- und Zahlungsverkehrs zwischen den beiden Ländern so günstig gewesen ist, daß die Möglichkeit bestand, eine erhebliche Ausdehnung des Warenaustausches ins Auge zu fassen.

Italienischer Protest beim tschechoslowakischen Außenminister

Prag, 10. November.

Der italienische Gesandte in Prag ist am Mittwoch beim tschechoslowakischen Außenminister vorstellig geworden, um gegen kommunistische Angriffe im Parlament auf den Faschismus und dessen Führer zu protestieren. Der tschechoslowakische Außenminister hat darauf über die Haltung der kommunistischen Minderheit im Prager Abgeordnetenhaus seine Mißbilligung geäußert und dem italienischen Gesandten sein lebhaftes Bedauern über diesen Vorfall ausgesprochen.

Englisches Rekrutierungsbüro in die Luft geflogen

London, 11. November.

Das Rekrutierungsbüro für Freiwillige der Marinereserve in Belfast wurde am späten Mittwoch abend durch eine Minenexplosion zerstört. Die Explosion war so heftig, daß sie in der ganzen Stadt gehört werden konnte. Mehrere Leute, die vorübergingen, entkamen wie durch ein Wunder schweren Verletzungen. Die Polizei, die sofort die Untersuchung aufnahm, erklärte, daß man Spuren eines Zeitzünders gefunden habe. Nähere Einzelheiten liegen noch nicht vor.

Ohne Londoner Brille

Der englische Ministerpräsident Neville Chamberlain gilt von jeher als nüchterner Beobachter der politischen Entwicklung und als Mann, der die Dinge realistisch zu beurteilen weiß. Wenn Chamberlain jetzt bei dem Londoner Bürgermeisterbankett in einer bedeutsamen außenpolitischen Rede zum erstenmal die Achse Berlin—Rom als politische Tatsache, mit der man in Europa rechnen muß, anerkennt, so zeugt das davon, daß sich der Ministerpräsident nicht von dem Geschwätz und der Hetze jener englischen Presse und Politiker verwirren läßt, die jede politische Tat, die von Berlin und Rom ausgeht, als Angriff auf den Frieden Europas und Englands Interessen auslegt. Chamberlain hat mitten in die künstlich geschürte Empörung über das deutsch-italienisch-japanische Antikominternabkommen hineingestoßen und hat die vielen Schlagworte, die in London von bolschewistischer und Volksfrontseite ausgegeben wurden und die auch in New York zur Aufpeitschung der Gemüter gegen die drei genannten Unterzeichnerstaaten benutzt wurden, abgebogen.

Vermutlich hat auch der Gang der Verhandlungen auf der Brüsseler Neunmächtekonferenz den englischen Ministerpräsidenten bei seinen Erklärungen geleitet. Man erkennt wohl auch in englischen Regierungskreisen allmählich, daß die großen internationalen Konferenzen, bei denen man möglichst viele Staaten an den grünen Tisch zu bringen versucht, nur bedingten Wert haben. Außerdem hat Brüssel wieder einmal ein Beispiel der sowjetrussischen Sabotagepolitik geliefert. Der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow hat sich schmollend von der Konferenz zurückgezogen, als er erkannte, daß sein Wiegen in Brüssel nicht blüht. Die Kommission für die Verhandlungen der ostasiatischen Fragen wollte auf die Mitarbeit Litwinows verzichten. Damit verlor für ihn die Konferenz an Interesse, denn nunmehr sah er kein Feld mehr für seine Störungsmanöver. — Chamberlain und seine Ministerkollegen werden allmählich lernen, die Welt nicht immer nur durch die Londoner Brille anzusehen. Vielleicht ist die Rede Chamberlains ein hoffnungsvoller Auftakt.

Kopenhagen. Prinz zu Schaumburg-Lippe, der zu der Weihestunde der Ortsgruppe der NSDAP. für die Blutopfer der Bewegung nach Kopenhagen gekommen war, wurde in Begleitung des deutschen Gesandten Dr. von Renthe-Fink vom König von Dänemark empfangen.

Vor dem inneren Zusammenbruch in Sowjetspanien?

Paris, 11. November.

Im Zusammenhang mit den Gerüchten von einem Waffenstillstandsgesuch der spanischen Bolschewisten veröffentlicht der „Jour" in großer Aufmachung Meldungen über schwere Mißstimmigkeiten unter den Bolschewistenhäuptlingen in Barcelona. Die roten Rädelsführer dächten daran, zurückzutreten, und der „Landesverteidigungs-Minister" Prieto wolle in Salamanca einen Schritt für den Abschluß eines Waffenstillstandes unternehmen. Seit der Uebersiedlung nach Barcelona sei der Wille zum Durchhalten bei den roten Oberbonzen schwer erschüttert. Vor mehreren Tagen schon habe man aus verschiedenen Quellen erfahren, daß ein Rücktritt der „Regierung" Negrin möglich sei. Schon hätten auch italienische Zeitungen gemeldet, daß die Bolschewistenhäuptlinge England gebeten hätten, in Salamanca für einen Waffenstillstand einzutreten. Eine Sache sei sicher, nämlich, daß die letzten nationalen Erfolge Azana und Companys völlig nutlos gemacht hätten. Wenn kein Wunder einträte, dann scheine der innere Zerfall des bolschewistischen Gewaltregimes jetzt ziemlich nahe bevorzustehen.

Vulkanausbrüche zwingen zur Verlegung einer Stadt. Infolge eines Berichtes des holländischen Vulkanologen Doktor Stehn über die Wahrscheinlichkeit weiterer vulkanischer Ausbrüche auf Neu-Guinea erwägt das australische Kabinett die Verlegung der Hauptstadt Rabaul nach Madang (Kaiser-Wilhelm-Land.)